

VERGABEUNTERLAGEN

2026JST000003

Mittagsverpflegung Justizvollzugsanstalt Kronach

Offenes Verfahren (EU) (VgV)

Ausschreibung

AUFTRAGGEBER

Justizvollzugsanstalt Bamberg

Obere Sandstraße 38, 96049 Bamberg, Deutschland

29.05.2026

Inhaltsverzeichnis

Vergabeunterlagen	1
Projektinformation	1
Vertragsbedingungen/Formulare	3
Angebotsaufforderung	3
Bewerbungsbedingungen EU	4
Bewerbungsbedingungen	4
1. Angebotsabgabe	4
1.1. Fristen	4
1.2. Form und Übermittlung	4
1.2.1. Textform	5
1.3. Weitere Vorgaben	5
1.3.1. Angebot	5
1.3.2. Nachweise	6
2. Hinweise zu den Vergabeunterlagen	7
3. Besondere Beteiligungsformen:	8
3.1. Unterauftragnehmer	8
3.2. Bietergemeinschaften	9
3.3. Wettbewerbsbeschränkende Verhaltensweisen	9
4. Abschluss des Vergabeverfahrens	10
5. Nachprüfungsverfahren	10
6. Kommunikation im Vergabeverfahren	11
Eigenerklärung	12
Eigenerklärung	12
Eigenerklärung RUS	14
Eigenerklärung russische Unternehmen	14
Artikel 5k der Verordnung (EU) Nr. 833/2014 in der Fassung des Art. 1 Ziff. 23 der Verordnung (EU) 2	16
Eigenerklärung für Unterauftragnehmer	17
Eigenerklärung	17
Struktur Bieter	20
1. Angaben zur Struktur	20
2. Angaben zu Unterauftragnehmern	20
3. Angaben zur Eignungsleihe	21
4. Angaben zur Bietergemeinschaft	21
4.1. Mitglieder der Bietergemeinschaft	21
4.2. Bevollmächtigter Vertreter	21
Hinweise zur Datenverarbeitung	22
Erklärung zur Vermeidung von Kinderarbeit	26
1. Anwendungsbereich	26
2. Eigenerklärung	27

Zusätzliche Vertragsbedingungen der bayerischen Justizvollzugsanstalten	28
Zusätzliche Vertragsbedingungen für die Ausführung von Leistungen	28
Produkte/Leistungen	30
Eignungskriterien.....	34
Leistungskriterien	40
Anlagen	44

INFORMATIONEN ZUR AUSSCHREIBUNG

Auftragsnummer	2026JST000003
Maßnahme	
Auftragsbezeichnung	Mittagsverpflegung Justizvollzugsanstalt Kronach
Auftragsbeschreibung	Offenes Verfahren zur Vergabe eines Auftrags über die Lieferung von Mittagsverpflegung im Cook & Chill-Verfahren für die Justizvollzugsanstalt Kronach

ALLGEMEINES

VERFAHREN

Auftraggeber	Justizvollzugsanstalt Bamberg
Liefer-/Ausführungsort	93137 Kronach
Leistungsart	Lieferleistung
Vertragsart	Rahmenvertrag
Vergabeart	Offenes Verfahren (EU) (VgV)

VERFAHRENSEIGENSCHAFTEN

Losweise Vergabe	Nein				
Art der losweisen Vergabe					
Höchstzahl der Lose pro Angebot					
Zuschlagskriterium	Wirtschaftlichstes Angebot Berechnungsmethode: UfAB 2018: Einfache Richtwertmethode				
Klassifizierungen	<table><tr><th>Code</th><th>Bezeichnung</th></tr><tr><td>15894300-4</td><td>Zubereitete Mahlzeiten</td></tr></table>	Code	Bezeichnung	15894300-4	Zubereitete Mahlzeiten
Code	Bezeichnung				
15894300-4	Zubereitete Mahlzeiten				

ANGEBOTE

Mehrere Hauptangebote zugelassen	Mehrere Hauptangebote sind nicht zulässig
Nebenangebote	Nebenangebote sind nicht zugelassen
Nachlass	Nein
Skonto zugelassen	Ja
Skonto Zahlungsziel	10 Tag(e)
Verwendung elektronischer Mittel	Die Einreichung der Angebote/Teilnahmeanträge darf nur elektronisch erfolgen
URL für elektronische Angebote	https://www.auftraege.bayern.de
Zulässige Signatur	Textform nach §126b BGB

TERMINE

ALLGEMEIN

Vorausgegangene Vorinformation	Nein
Besondere Dringlichkeit	Nein

BEKANNTMACHUNG

Bekanntmachung	29.05.2026
Vorinformation	

ANGEBOTE UND BEWERTUNG

Frist Bieterfragen	15.06.2026 23:59
Angebotsfrist	29.06.2026 08:00:00
Bindefrist	14.08.2026
Versand Vorabinformation	

AUFTRAGSDAUER

Beginn	19.08.2026
Ende	18.08.2028
Anmerkungen	Mit einseitiger Verlängerungsoption (für den Auftraggeber) für 1 Jahr bis 18.08.2029.

DATENSCHUTZ

DATENSCHUTZBEAUFTRAGTER

Name	Behördlicher Datenschutzbeauftragter der JVA Niederschönenfeld
Anschrift	Abteistraße 21, 86694 Niederschönenfeld
Telefon	
E-Mail	

DATENERHEBUNGSVERANTWORTLICHER

Name	Justizvollzugsanstalt Niederschönenfeld
Anschrift	Abteistraße 21, 86694 Niederschönenfeld
Telefon	+49 90907060
E-Mail	zevest@jv.bayern.de

ELEKTRONISCHE TEILNAHME

BROWSEEREINSTELLUNGEN

Verwenden Sie zur Navigation in eVergabe nur die Menüpunkte der Anwendung. Wenn Sie über die Browser-Schaltflächen navigieren, werden die Informationen nicht zum Anwendungs-Server übertragen und eVergabe zeigt ggf. eine falsche Seite an.

Sicherheitseinstellungen an Ihrem Browser:

- JavaScript muss aktiviert sein
- Cookies müssen erlaubt sein; Cookies von Drittanbietern sollten erlaubt sein (empfohlen)
- Pop-Up-Fenster müssen erlaubt sein

PDF-Plugins:

- Die integrierte PDF-Ansicht sollte deaktiviert sein; ein PDF-Reader wird empfohlen

Empfohlene Browser:

- Aktuelle Versionen des Microsoft Edge, Google Chrome, Opera oder Mozilla Firefox

KOMMUNIKATION

Die Kommunikation mit der Vergabestelle, insbesondere zu Nachforderungen, sowie das Stellen von Bieterfragen erfolgt grundsätzlich im jeweiligen Verfahren über den Bieterassistenten unter "Nachrichten".

Bei Nachrichten der Vergabestelle erhalten Sie unmittelbar eine Benachrichtigung per E-Mail. Bitte prüfen Sie in diesem Fall Ihren Posteingang unter "Nachrichten" und bestätigen dort die Kenntnisnahme.

Projekt-Nr.: 2026JST000003

Aktenzeichen: EU26-30-E

Projektname: Mittagsverpflegung Justizvollzugsanstalt Kronach

Firmenbezeichnung und Anschrift

Angaben zu Fristen und Ansprechpartner

Ablauf der Angebotsfrist: 29.06.2026 08:00:00

voraussichtliche Ausführungsfrist:

Beginn: 19.08.2026

Ende: 18.08.2028

E-Mail: julienne.stachel@jv.bayern.de

Datum: 29.05.2026

Aufforderung zur Angebotsabgabe

Sehr geehrte Damen und Herren,

die Vergabestelle beabsichtigt, einen öffentlichen Auftrag zu vergeben. Die Auftragsbekanntmachung und die Vergabeunterlagen sind unter www.auftraege.bayern.de hinterlegt.

Falls Sie an diesem Auftrag interessiert sind, bitten wir Sie, ein Angebot abzugeben.

Soweit in den Vergabeunterlagen nicht anders vorgegeben, ist das Angebot in elektronischer Form und deutscher Sprache über das Portal www.auftraege.bayern.de einzureichen.

Wir würden uns über ein Angebot Ihrerseits sehr freuen.

Freundliche Grüße

Julienne Stachel

Projekt-Nr.: 2026JST000003

Aktenzeichen: EU26-30-E

Projektname: Mittagsverpflegung Justizvollzugsanstalt Kronach

Bewerbungsbedingungen

Aus Gründen der besseren Lesbarkeit wird auf die gleichzeitige Verwendung der Sprachformen männlich, weiblich und divers (m/w/d) verzichtet. Sämtliche Personenbezeichnungen gelten gleichermaßen für alle Geschlechter.

1. Angebotsabgabe

1.1. Fristen

Die **Angebotsfrist** endet am 29.06.2026 um 08:00:00 Uhr.

Eine Änderung oder Rücknahme eines bereits eingereichten Angebots durch den Bieter ist nur bis zum Ablauf dieser Angebotsfrist zulässig.

Der öffentliche Auftraggeber wird den Zuschlag spätestens am 14.08.2026 erteilen.

Der Bieter ist bis dahin an sein eingereichtes Angebot gebunden (**Bindefrist**).

Die **Frist für Bieterfragen** endet am 15.06.2026 23:59 Uhr.

Fragen, die dem öffentlichen Auftraggeber nach Ablauf dieses Termins zugehen, werden grundsätzlich nicht beantwortet.

1.2. Form und Übermittlung

Die Abgabe des Angebots hat unter Verwendung elektronischer Mittel zu erfolgen.

Nicht mittels elektronischer Datenübermittlung abgegebene Angebote werden nicht berücksichtigt.

Die wirksame Angebotsabgabe hat vollumfänglich und ausschließlich über die Vergabepattform zu erfolgen.

Die zur Erstellung eines elektronischen Angebots erforderlichen Arbeitsschritte können Sie dem Bieter-Handbuch entnehmen.

Die online-Bearbeitung der Angebotserstellung kann jederzeit unterbrochen werden. Zur Fortsetzung einer unterbrochenen Angebotserstellung bedarf es der nochmaligen Einwahl über die Vergabeplattform in den Angebotsassistenten (durch Auswahl des entsprechenden Verfahrens im Menüpunkt „meine Projekte“, Unterpunkt „Angebotsphase“).

Zur rechtsgültigen Angebotsabgabe bedarf es neben der Verwendung elektronischer Mittel der Einhaltung der **verfahrensspezifisch vorgegebenen Formerfordernisse**. Diese werden Ihnen im Schritt „Angebot einreichen“ zur Auswahl angeboten:

1.2.1. Textform

Dem Erfordernis der Textform nach § 126b BGB genügt die Angabe des Angebotserstellers im dafür vorgesehenen Feld und anschließende Bestätigung über den Button „Angebot einreichen“.

1.3. Weitere Vorgaben

Die Angebote werden hinsichtlich

- Form und Vollständigkeit,
- Eignung der Bieter und des Nichtvorliegens von Ausschlussgründen,
- Angemessenheit und Wirtschaftlichkeit

geprüft und bewertet.

Soweit sich aus den übrigen Vergabeunterlagen nicht etwas anderes ergibt, wird für die Angebotsabgabe auf Folgendes hingewiesen:

1.3.1. Angebot

Das Angebot und dessen Anlagen sind in deutscher Sprache abzufassen.

Die im Angebot enthaltenen Preisangaben sind in Euro anzugeben.

Entspricht der Gesamtbetrag nicht dem Ergebnis der Multiplikation von Mengenansatz und Einheitspreis, ist der Einheitspreis maßgebend.

Die Abgabe von Doppelangeboten ist unzulässig.

Doppelangebote sind Angebote, die sich allein preislich von einem ansonsten inhaltlich identischen Angebot desselben Bieters unterscheiden.

Für die Erstellung des Angebots und aller übermittelten Unterlagen wird keine Vergütung gewährt.

Dem Angebot beigelegte Unterlagen, Muster usw. gehen mit Übermittlung in das Eigentum des Auftraggebers über.

Betriebs- und Geschäftsgeheimnisse sind kenntlich zu machen.

Im Angebot ist anzugeben, ob gewerbliche Schutzrechte bestehen oder vom Bieter oder anderen beantragt sind.

Bieter haben auf erkannte Widersprüche und Fehler in den Vergabeunterlagen hinzuweisen.

Die Rügeobliegenheit nach § 160 Abs. 3 GWB bleibt unberührt.

Antworten des Auftraggebers auf Bieterfragen werden Bestandteil der Vergabeunterlagen. Maßgeblich ist jeweils die jüngste Antwort des Auftraggebers.

Falls während der Angebotsphase die Vergabeunterlagen durch den Auftraggeber geändert werden sollten (sog. Korrekturzyklus), verlieren alle bis dahin abgegebenen Angebote automatisch ihre Gültigkeit.

Für den Fall, dass ein bereits abgegebenes Angebot aufrechterhalten werden soll, muss es über den Angebotsassistenten erneut abgegeben werden. Hierzu kann eine automatisch angelegte Kopie des bisherigen Angebots als gültiges Angebot bestätigt werden.

Es werden nur Angebote fachkundiger und leistungsfähiger (geeigneter) Bieter berücksichtigt, welche die festgelegten Kriterien zur ordnungsgemäßen Auftragsausführung erfüllen.

Die Eignung der Bieter wird anhand der geforderten Erklärungen und Nachweise beurteilt.

Im Falle der Bildung einer Bietergemeinschaft, der Unterbeauftragung oder sonstigen Berufung auf die Leistungsfähigkeit eines Dritten (sog. Eignungsleihe) können sich die Angaben und Erklärungen der einzelnen Unternehmen ergänzen, um die erforderliche Leistungsfähigkeit des Bieters insgesamt nachzuweisen.

Bei Vorliegen einer Bietergemeinschaft oder einer Eignungsleihe ist der Auftraggeber zur Einholung eines Auszugs aus dem Wettbewerbsregister hinsichtlich aller Beteiligten verpflichtet.

1.3.2. Nachweise

Bei Beauftragung eines Dritten ist nachzuweisen, dass die für den Auftrag erforderliche Fachkunde und Leistungsfähigkeit bei der Ausführung des Auftrags tatsächlich zur Verfügung gestellt werden kann. Dieser Nachweis kann z.B. durch eine entsprechende unterschriebene Verpflichtungserklärung des Dritten erfolgen.

Nachweise, die bei Angebotsabgabe zu erbringen sind, müssen im Arbeitsschritt „Eigene Anlagen“ hochgeladen und elektronisch beigelegt werden. Dateien unterliegen hinsichtlich Größe und Benennung technischen Beschränkungen, auf die gesondert hingewiesen wird.

Unterlagen die nicht der vorgegebenen Form entsprechen gelten als nicht abgegeben und werden nicht berücksichtigt.

Sofern Nachweise oder Erklärungen gefordert sind, die ein Bieter eines europäischen Mitgliedstaates objektiv nicht beibringen kann, werden vergleichbare Nachweise oder Erklärungen nach dem Recht des Sitzes des Bieters anerkannt. Hierfür sind Übersetzungen vorzulegen, die durch einen amtlich vereidigten Übersetzer gefertigt wurden.

Bitte beachten Sie, dass Verweise auf Datenträger, Literatur, Broschüren usw. die geforderten Antworten und Erklärungen nicht ersetzen. Sie werden nicht bewertet.

2. Hinweise zu den Vergabeunterlagen

Soweit sich aus den übrigen Vergabeunterlagen nicht etwas anderes ergibt, wird auf Folgendes hingewiesen:

Die Allgemeinen Vertragsbedingungen für die Ausführung von Leistungen (VOL/B) in der derzeit gültigen Fassung gelten nachrangig zu den Regelungen in den Vergabeunterlagen.

Änderungen und Ergänzungen an den Vergabeunterlagen sind unzulässig.

Abweichende Bestimmungen oder Regelungen im Zusammenhang mit dem Abschluss dieses Vertrages werden nicht Vertragsbestandteil.

Bitte bedenken Sie, dass dies insbesondere von Ihnen beigelegte Allgemeine Geschäftsbedingungen, Begleitschreiben oder Konzepte betrifft.

Die Vergabeunterlagen dürfen ausschließlich zur Angebotserstellung verwendet werden. Jede über diese Verwendung hinausgehende Nutzung, insbesondere Weitergabe oder Veröffentlichung (auch auszugsweise) ohne vorherige schriftliche Zustimmung des Auftraggebers, ist unzulässig. Bei Verzicht auf eine Angebotsabgabe oder für den Fall, dass das Angebot den Zuschlag nicht erhält, sind alle Vergabeunterlagen zu vernichten.

Der Bieter hat auch nach Beendigung des Verfahrens über die ihm bekannt gewordenen vertraulichen Informationen des Auftraggebers Verschwiegenheit zu wahren.

3. Besondere Beteiligungsformen:

Soweit sich aus den übrigen Vergabeunterlagen nicht etwas anderes ergibt, wird auf Folgendes hingewiesen:

3.1. Unterauftragnehmer

Die Einschaltung von Unterauftragnehmern ist grundsätzlich zulässig.

Unterauftragnehmer ist derjenige, der von einem Bieter beauftragt wird, eine oder mehrere Aufgaben von diesem zu übernehmen.

Der Bieter / die Bietergemeinschaft führt die Leistung nicht selbstständig aus, sondern bedient sich ganz (sog. Generalübernehmer) oder teilweise (sog. Generalunternehmer) dem Einsatz von Unterauftragnehmern.

Grundsätzlich haftet der Generalübernehmer/-unternehmer für die ordnungsgemäße Vertragsabwicklung. Der Unterauftragnehmer steht in der Regel in keiner Vertragsbeziehung zum öffentlichen Auftraggeber.

Die Namen der Unterauftragnehmer und die jeweils zu erbringenden Leistungen sind im Angebot zu benennen.

Der Auftragnehmer bemüht sich bei der Einholung von Angeboten der Unterauftragnehmer regelmäßig Kleinst-, kleine und mittlere Unternehmen sowie Existenzgründungen angemessen zu beteiligen.

Er verpflichtet sich bei Weitergabe von Lieferleistungen die VOL/B zum Vertragsbestandteil zu machen.

Der Auftragnehmer verpflichtet sich außerdem den Unterauftragnehmern – insbesondere hinsichtlich Gewährleistung, Vertragsstrafe, Zahlungsweise und Sicherheitsleistungen – keine ungünstigeren Bedingungen aufzuerlegen, als zwischen ihm und dem Auftraggeber vereinbart sind.

Zur Bekämpfung der Verhinderung, Einschränkung oder Verfälschung des Wettbewerbs hat der Bieter auf Verlangen des Auftraggebers Auskunft darüber zu geben, ob und auf welche Art er wirtschaftlich und rechtlich mit Unternehmen verbunden ist.

3.2. Bietergemeinschaften

Die Bildung einer Bietergemeinschaft ist grundsätzlich zulässig.

Eine **Bietergemeinschaft** liegt vor, wenn sich mindestens zwei Einzelbieter zusammenschließen und im Rahmen einer Ausschreibung ein gemeinsames Angebot mit dem Ziel abgeben den Zuschlag zu erhalten.

Die Beteiligung in dieser Form ist möglich, soweit die Bildung der Bietergemeinschaft kartell- und wettbewerbsrechtlich zulässig ist. Das Vorliegen der kartell- und wettbewerbsrechtlichen Voraussetzungen ist dem Auftraggeber auf Verlangen nachzuweisen.

Eine Bietergemeinschaft hat mit ihrem Angebot eine, von allen Mitgliedern unterschriebene, Erklärung abzugeben, in welcher

- die Bildung einer Arbeitsgemeinschaft für den Fall der Zuschlagserteilung erklärt ist,
- alle Mitglieder mit postalischer Anschrift aufgeführt sind,
- ein Mitglied für den Abschluss und die Durchführung des Vertrages als bevollmächtigter Vertreter bezeichnet ist,
- alle Mitglieder die Haftung für die Erfüllung sämtlicher vertraglichen Verpflichtungen als Gesamtschuldner übernehmen,
- eine Kontonummer bei einem näher bezeichneten Kreditinstitut angegeben ist, auf die sämtliche Zahlungen des Auftraggebers mit befreiender Wirkung geleistet werden können.

3.3. Wettbewerbsbeschränkende Verhaltensweisen

Wettbewerbsbeschränkende Absprachen gem. § 1 des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB) sind unzulässig und führen zwingend zum Ausschluss der Beteiligten.

Wenn der Auftragnehmer aus Anlass der Vergabe nachweislich eine Abrede getroffen hat, die eine unzulässige Wettbewerbsbeschränkung darstellt, hat er 5 % der Auftragssumme an den Auftraggeber zu zahlen, es sei denn, dass ein Schaden in anderer Höhe nachgewiesen wird. Dies gilt auch, wenn der Vertrag gekündigt wird oder bereits erfüllt ist.

4. Abschluss des Vergabeverfahrens

Der Auftraggeber weist auf seine gesetzliche Verpflichtung aus § 6 Abs. 1 des Wettbewerbsregistergesetzes hin. Demnach fordert der Auftraggeber bei Aufträgen ab einer Höhe von 30 000 Euro für den Bieter, der den Zuschlag erhalten soll, vor der Zuschlagserteilung eine Auskunft aus dem Wettbewerbsregister an.

5. Nachprüfungsverfahren

Das Vergabeverfahren unterliegt der Nachprüfung durch die Vergabekammern.

Ein Antrag auf Nachprüfung nach §§ 160 ff. GWB ist schriftlich zu stellen und an die
Regierung von Oberbayern - Vergabekammer Südbayern
Maximilianstr. 39, 80539 München

zu richten.

Die gesetzliche Frist für die Einlegung eines Nachprüfungsantrags richten sich nach § 160 Abs. 3 GWB, wonach der Antrag unzulässig ist, soweit

1. der Antragsteller den geltend gemachten Verstoß gegen Vergabevorschriften vor Einreichen des Nachprüfungsantrags erkannt und gegenüber dem Auftraggeber nicht innerhalb einer Frist von zehn Kalendertagen gerügt hat; der Ablauf der Frist nach § 134 Absatz 2 bleibt unberührt,
2. Verstöße gegen Vergabevorschriften, die aufgrund der Bekanntmachung erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der in der Bekanntmachung benannten Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden,
3. Verstöße gegen Vergabevorschriften, die erst in den Vergabeunterlagen erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden,
4. mehr als 15 Kalendertage nach Eingang der Mitteilung des Auftraggebers, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, vergangen sind.

Für Amtshandlungen der Vergabekammern werden Kosten (Gebühren und Auslagen) zur Deckung des Verwaltungsaufwandes erhoben (§ 182 GWB).

Für das Vergabeverfahren gilt deutsches Recht.

6. Kommunikation im Vergabeverfahren

Die Vergabestelle übermittelt Nachrichten aus dem Verfahren grundsätzlich nur über den Angebotsassistenten und versendet parallel – rein informatorisch – jeweils eine E-Mail-Nachricht (Info-E-Mail) an die in Ihrem Profil hinterlegte E-Mail-Adresse.

Erklärungen gelten mit Bereitstellung im Nachrichtenmodul des Angebotsassistenten als zugegangen.

Ein Anspruch auf den Erhalt von Info-E-Mails in Bezug auf neue Nachrichten der Vergabestelle besteht nicht.

Direkte Rückantworten auf diese Info-E-Mail-Nachrichten oder Anfragen über die dort verwendete System-E-Mail-Adresse sind nicht möglich. Verwenden Sie für die Kommunikation mit der Vergabestelle die Nachrichtenfunktion im Angebotsassistenten.

Bitte sorgen Sie dafür, dass Sie während des Vergabeverfahrens unter den in Ihrem Firmen- bzw. Mitarbeiterprofil hinterlegten Kontaktdaten (insbesondere E-Mail-Adressen) auch tatsächlich erreichbar sind.

Über automatisch generierte Antworten (z.B. Abwesenheitsassistenten) mitgeteilte abweichende Kontaktdaten können nicht berücksichtigt werden.

Projekt-Nr.: 2026JST000003

Aktenzeichen: EU26-30-E

Projektname: Mittagsverpflegung Justizvollzugsanstalt Kronach

Firmenbezeichnung und -anschrift

Eigenerklärung

mit Angebotsabgabe erklärt der Angebotsersteller oder bei Bewerber- / Bietergemeinschaften deren bevollmächtigter Vertreter für die beteiligten Unternehmen Folgendes:

- Es ist keine Person, deren Verhalten dem Unternehmen zuzurechnen ist, wegen einer der in § 123 Abs. 1 GWB genannten Straftaten (z.B. §§ 129 - 129b, 89c, 261, 263, 264, 299 - 299b, 108e, 108f, 333 - 335a, 232 - 233a StGB, Art. 2 § 2 IntBestG) oder vergleichbarer Vorschriften anderer Staaten verurteilt worden und es ist auch nicht aus denselben Gründen eine Geldbuße nach § 30 OWiG gegen das Unternehmen festgesetzt worden.
- Das Unternehmen hat seine Verpflichtungen zur Zahlung von Steuern, Abgaben und Beiträgen zur Sozialversicherung ordnungsgemäß erfüllt.
- Das Unternehmen hat bei der Ausführung öffentlicher Aufträge nicht gegen geltende menschen-, umwelt-, sozial- oder arbeitsrechtliche Verpflichtungen verstoßen. Insbesondere
 - wird gem. § 7 Abs. 1 AGG, § 3 Abs. 1 EntgTranspG und § 2 Nr. 7 AEntG Frauen und Männern für gleiche oder gleichwertige Arbeit gleiches Entgelt gewährt.
 - werden gem. § 3 Gesetz über die unternehmerischen Sorgfaltspflichten in Lieferketten die in Abschnitt 2 dieses Gesetzes festgelegten menschenrechtlichen und umweltbezogenen Sorgfaltspflichten in angemessener Weise beachtet.

- werden den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern wenigstens diejenigen Mindestarbeitsbedingungen einschließlich des Mindestentgelts gewährt, die nach dem Mindestlohngesetz (MiLoG), einem nach dem Tarifvertragsgesetz mit den Wirkungen des Arbeitnehmer-Entsendegesetzes (AEntG) für allgemein verbindlich erklärten Tarifvertrag, oder einer nach den §§ 7, 7a oder 11 AEntG oder § 3a des AÜG erlassenen Rechtsverordnung für die betreffende Leistung verbindlich vorgegeben werden.
- Das Unternehmen ist nicht zahlungsunfähig, es ist über das Vermögen des Unternehmens kein Insolvenzverfahren oder vergleichbares Verfahren beantragt oder eröffnet oder mangels Masse abgelehnt worden, und es befindet sich auch nicht in Liquidation oder hat seine Tätigkeit eingestellt.
- Das Unternehmen hat keine schweren Verfehlungen begangen, die seine Integrität als Auftragnehmer für öffentliche Aufträge in Frage stellen. Dies gilt auch für Personen, deren Verhalten dem Unternehmen zuzurechnen ist.
- Das Unternehmen hat im Vergabeverfahren keine vorsätzlich unzutreffenden Erklärungen abgegeben, keine irreführenden Informationen übermittelt und mit anderen Unternehmen keine Vereinbarungen getroffen, die eine Verhinderung, Einschränkung oder Verfälschung des Wettbewerbs bezwecken oder bewirken.
- Es liegt kein Ausschlussgrund nach § 21 AEntG, § 98c AufenthG, § 19 MiloG, § 21 SchwarzArbG und § 22 LkSG vor. Insbesondere wurde gegen das Unternehmen keine Geldbuße von mindestens 2.500 € wegen eines Verstoßes nach § 23 AEntG oder § 21 MiloG verhängt. Auch wurde gegen das Unternehmen oder einen Vertretungsberechtigten keine Freiheitsstrafe von mehr als drei Monaten und keine Geldstrafe von mehr als 90 Tagessätzen oder Geldbuße von mindestens 2.500 € wegen Verstoßes gegen eine in § 21 SchwarzArbG aufgeführte Vorschrift verhängt.

Tritt bei den vorgenannten Umständen zu einem späteren Zeitpunkt eine Änderung ein, so ist dies dem Auftraggeber unverzüglich mitzuteilen. Wesentlich falsche Erklärungen können den Ausschluss von diesem und weiteren Verfahren zur Folge haben. Werden diese Umstände nach Auftragserteilung bekannt, steht dem Auftraggeber ein außerordentliches Kündigungsrecht zu. Mögliche Schadensersatzforderungen bleiben davon unberührt.

Sollten für Sie bzw. Ihr Unternehmen fakultative Ausschlussgründe nach § 124 GWB vorliegen, schildern Sie bitte im Arbeitsschritt Eignungskriterien, weshalb diese nicht zu einem Ausschluss vom Verfahren führen sollen.

Der Auftraggeber entscheidet im Rahmen der Angebotsprüfung über den Ausschluss.

Projekt-Nr.: 2026JST000003

Aktenzeichen: EU26-30-E

Projektname: Mittagsverpflegung Justizvollzugsanstalt Kronach

Firmenbezeichnung und -anschrift

Eigenerklärung russische Unternehmen

mit Angebots- / Teilnahmeantragsabgabe erklärt der Angebotsersteller, bei Bewerber- / Bietergemeinschaften deren bevollmächtigter Vertreter Folgendes:

1. Der / die **Bewerber / Bieter** gehört / gehören nicht zu den in Artikel 5 k) Absatz 1 der Verordnung (EU) Nr. 833/2014 in der Fassung des Art. 1 Ziff. 23 der Verordnung (EU) 2022/576 des Rates vom 8. April 2022 über restriktive Maßnahmen angesichts der Handlungen Russlands, die die Lage in der Ukraine destabilisieren, genannten Personen oder Unternehmen, die einen **Bezug zu Russland** im Sinne der Vorschrift aufweisen,
 - a. durch die russische Staatsangehörigkeit des Bewerbers/Bieters oder die Niederlassung des Bewerbers / Bieters in Russland,
 - b. durch die Beteiligung einer natürlichen Person oder eines Unternehmens, auf die eines der Kriterien nach Buchstabe a zutrifft, am Bewerber / Bieter über das Halten von Anteilen im Umfang von mehr als 50 %,
 - c. durch das Handeln der Bewerber / Bieter im Namen oder auf Anweisung von Personen oder Unternehmen, auf die die Kriterien der Buchstaben a und / oder b zutrifft.

2. Es wird bestätigt, dass die am Auftrag beteiligten **Unterauftragnehmer, Lieferanten oder Unternehmen, deren Kapazitäten im Zusammenhang mit der Erbringung des Eignungsnachweises in Anspruch genommen werden**, auf die mehr als 10 % des Auftragswerts entfällt, ebenfalls nicht zu dem in der Vorschrift genannten Personenkreis mit einem Bezug zu Russland im Sinne der Vorschrift gehören.
3. Es wird bestätigt und sichergestellt, dass auch während der Vertragslaufzeit keine als **Unterauftragnehmer, Lieferanten oder Unternehmen, deren Kapazitäten im Zusammenhang mit der Erbringung des Eignungsnachweises in Anspruch genommen werden**, beteiligten Unternehmen eingesetzt werden, die zu dem in der Vorschrift genannten Personenkreis mit einem Bezug zu Russland im Sinne der Vorschrift gehören und auf die mehr als 10 % des Auftragswerts entfällt.

**Artikel 5k der Verordnung (EU) Nr. 833/2014 in der Fassung des Art. 1 Ziff. 23
der Verordnung (EU) 2022/576 des Rates vom 8. April 2022 lautet wie folgt:**

- (1) Es ist verboten, öffentliche Aufträge oder Konzessionen, die in den Anwendungsbereich der Richtlinien über die öffentliche Auftragsvergabe sowie unter Artikel 10 Absatz 1, Absatz 3, Absatz 6 Buchstaben a bis e, Absatz 8, Absatz 9 und Absatz 10 und die Artikel 11, 12, 13 und 14 der Richtlinie 2014/23/EU, unter die Artikel 7 und 8, Artikel 10 Buchstaben b bis f und h bis j der Richtlinie 2014/24/EU, unter Artikel 18, Artikel 21 Buchstaben b bis e und g bis i, Artikel 29 und Artikel 30 der Richtlinie 2014/25/EU und unter Artikel 13 Buchstaben a bis d, f bis h und j der Richtlinie 2009/81/EG fallen, an folgende Personen, Organisationen oder Einrichtungen zu vergeben bzw. Verträge mit solchen Personen, Organisationen oder Einrichtungen weiterhin zu erfüllen:
- a) russische Staatsangehörige oder in Russland niedergelassene natürliche oder juristische Personen, Organisationen oder Einrichtungen,
 - b) juristische Personen, Organisationen oder Einrichtungen, deren Anteile zu über 50 % unmittelbar oder mittelbar von einer der unter Buchstabe a genannten Organisationen gehalten werden, oder
 - c) natürliche oder juristische Personen, Organisationen oder Einrichtungen, die im Namen oder auf Anweisung einer der unter Buchstabe a oder b genannten Organisationen handeln,
- auch solche, auf die mehr als 10 % des Auftragswerts entfällt, Unterauftragnehmer, Lieferanten oder Unternehmen, deren Kapazitäten im Sinne der Richtlinien über die öffentliche Auftragsvergabe in Anspruch genommen werden.
- (2) Abweichend von Absatz 1 können die zuständigen Behörden die Vergabe oder die Fortsetzung der Erfüllung von Verträgen genehmigen, die bestimmt sind für
- a) den Betrieb ziviler nuklearer Kapazitäten, ihre Instandhaltung, ihre Stilllegung, die Entsorgung ihrer radioaktiven Abfälle, ihre Versorgung mit und die Wiederaufbereitung von Brennelementen und die Weiterführung der Planung, des Baus und die Abnahmetests für die Indienststellung ziviler Atomanlagen und ihre Sicherheit sowie die Lieferung von Ausgangsstoffen zur Herstellung medizinischer Radioisotope und ähnlicher medizinischer Anwendungen, kritischer Technologien zur radiologischen Umweltüberwachung sowie für die zivile nukleare Zusammenarbeit, insbesondere im Bereich Forschung und Entwicklung,
 - b) die zwischenstaatliche Zusammenarbeit bei Raumfahrtprogrammen,
 - c) die Bereitstellung unbedingt notwendiger Güter oder Dienstleistungen, wenn sie ausschließlich oder nur in ausreichender Menge von den in Absatz 1 genannten Personen bereitgestellt werden können,
 - d) die Tätigkeit der diplomatischen und konsularischen Vertretungen der Union und der Mitgliedstaaten in Russland, einschließlich Delegationen, Botschaften und Missionen, oder internationaler Organisationen in Russland, die nach dem Völkerrecht Immunität genießen.
 - e) den Kauf, die Einfuhr oder die Beförderung von Erdgas und Erdöl, einschließlich raffinierter Erdölerzeugnisse, sowie von Titan, Aluminium, Kupfer, Nickel, Palladium und Eisenerz aus oder durch Russland in die Union, oder
 - f) den Kauf, die Einfuhr oder die Beförderung von Kohle und anderen festen fossile Brennstoffen, die in Anhang XXII aufgeführt sind, bis 10. August 2022.
- (3) Der betreffende Mitgliedstaat unterrichtet die anderen Mitgliedstaaten und die Kommission über jede nach diesem Artikel erteilte Genehmigung innerhalb von zwei Wochen nach deren Erteilung.
- (4) Die Verbote gemäß Absatz 1 gelten nicht für die Erfüllung — bis zum 10. Oktober 2022 — von Verträgen, die vor dem 9. April 2022 geschlossen wurden.

Projekt-Nr.: 2026JST000003

Aktenzeichen: EU26-30-E

Projektname: Mittagsverpflegung Justizvollzugsanstalt Kronach

Firmenbezeichnung und –anschrift
des Unterauftragnehmers

Eigenerklärung

Als Unterauftragnehmer für

erkläre ich **für mein Unternehmen** Folgendes:

- Es ist keine Person, deren Verhalten dem Unternehmen zuzurechnen ist, wegen einer der in § 123 Abs. 1 GWB genannten Straftaten (z.B. §§ 129 - 129b, 89c, 261, 263, 264, 299 - 299b, 108e, 108f, 333 - 335a, 232 - 233a StGB, Art. 2 § 2 IntBestG) oder vergleichbarer Vorschriften anderer Staaten verurteilt worden und es ist auch nicht aus denselben Gründen eine Geldbuße nach § 30 OWiG gegen das Unternehmen festgesetzt worden.
- Das Unternehmen hat seine Verpflichtungen zur Zahlung von Steuern, Abgaben und Beiträgen zur Sozialversicherung ordnungsgemäß erfüllt.
- Das Unternehmen hat bei der Ausführung öffentlicher Aufträge nicht gegen geltende umwelt-, sozial- oder arbeitsrechtliche Verpflichtungen verstoßen. Insbesondere
 - wird gem. § 7 Abs. 1 AGG, § 3 Abs. 1 EntgTranspG und § 2 Nr. 7 AEntG Frauen und Männern für gleiche oder gleichwertige Arbeit gleiches Entgelt gewährt.

- werden gem. § 3 Gesetz über die unternehmerischen Sorgfaltspflichten in Lieferketten die in Abschnitt 2 dieses Gesetzes festgelegten menschenrechtlichen und umweltbezogenen Sorgfaltspflichten in angemessener Weise beachtet.
 - werden den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern wenigstens diejenigen Mindestarbeitsbedingungen einschließlich des Mindestentgelts gewährt, die nach dem Mindestlohngesetz (MiLoG), einem nach dem Tarifvertragsgesetz mit den Wirkungen des Arbeitnehmer-Entsendegesetzes (AEntG) für allgemein verbindlich erklärten Tarifvertrag, oder einer nach den §§ 7, 7a oder 11 AEntG oder § 3a des AÜG erlassenen Rechtsverordnung für die betreffende Leistung verbindlich vorgegeben werden.
- Das Unternehmen ist nicht zahlungsunfähig, es ist über das Vermögen des Unternehmens kein Insolvenzverfahren oder vergleichbares Verfahren beantragt oder eröffnet oder mangels Masse abgelehnt worden, und es befindet sich auch nicht in Liquidation oder hat seine Tätigkeit eingestellt.
 - Das Unternehmen hat keine schweren Verfehlungen begangen, die seine Integrität als Auftragnehmer für öffentliche Aufträge in Frage stellen. Dies gilt auch für Personen, deren Verhalten dem Unternehmen zuzurechnen ist.
 - Das Unternehmen hat im Vergabeverfahren keine vorsätzlich unzutreffenden Erklärungen abgegeben, keine irreführenden Informationen übermittelt und mit anderen Unternehmen keine Vereinbarungen getroffen, die eine Verhinderung, Einschränkung oder Verfälschung des Wettbewerbs bezwecken oder bewirken.
 - Es liegt kein Ausschlussgrund nach § 21 AEntG, § 98c AufenthG, § 19 MiloG, § 21 SchwarzArbG und § 22 LkSG vor. Insbesondere wurde gegen das Unternehmen keine Geldbuße von mindestens 2.500 € wegen eines Verstoßes nach § 23 AEntG oder § 21 MiloG verhängt. Auch wurde gegen das Unternehmen oder einen Vertretungsberechtigten keine Freiheitsstrafe von mehr als drei Monaten und keine Geldstrafe von mehr als 90 Tagessätzen oder Geldbuße von mindestens 2.500 € wegen Verstoßes gegen eine in § 21 SchwarzArbG aufgeführte Vorschrift verhängt.

Tritt bei den vorgenannten Umständen zu einem späteren Zeitpunkt eine Änderung ein, so ist dies dem Auftraggeber unverzüglich mitzuteilen. Wesentlich falsche Erklärungen können den Ausschluss von diesem und weiteren Verfahren zur Folge haben. Werden diese Umstände nach Auftragserteilung bekannt, steht dem Auftraggeber ein außerordentliches Kündigungsrecht zu. Mögliche Schadensersatzforderungen bleiben davon unberührt.

Sollten für Sie bzw. Ihr Unternehmen fakultative Ausschlussgründe nach § 124 GWB vorliegen, schildern Sie bitte in einem gesonderten Dokument, weshalb diese nicht zu einem Ausschluss vom Verfahren führen sollen.

Der Auftraggeber entscheidet im Rahmen der Angebotsprüfung über den Ausschluss.

Ort, Datum

Unterschrift

Projekt-Nr.: 2026JST000003

Aktenzeichen: EU26-30-E

Projektname: Mittagsverpflegung Justizvollzugsanstalt Kronach

Darstellung der Struktur des Bieters

1. Angaben zur Struktur

Name des Bieters / der Bietergemeinschaft:

Die Beteiligung erfolgt

- ☐ als Einzelbieter
- ☐ als Bietergemeinschaft
- ☐ unter Einbeziehung von Unterauftragnehmern

Auf die Ausführungen zu den besonderen Beteiligungsformen und zur Eignungsleihe in den Bewerbungsbedingungen wird ausdrücklich hingewiesen.

2. Angaben zu Unterauftragnehmern

Name, Vorname bzw. Firmenbezeichnung	Anschrift bzw. Firmensitz	Vorgesehene Aufgaben im Rahmen des Projekts (bei bevorzugten Bietern: Anteil am Gesamtangebot)
---	------------------------------	---

3. Angaben zur Eignungsleihe

Folgende Kapazitäten anderer Unternehmen sollen zum Nachweis der wirtschaftlichen und finanziellen bzw. technischen und beruflichen Leistungsfähigkeit in Anspruch genommen werden:

Name, Vorname bzw. Firmenbezeichnung	Anschrift bzw. Firmensitz	Kapazitäten des Unternehmens, die für die Eignungsleihe in Anspruch genommen werden
--------------------------------------	---------------------------	---

Entsprechend unterschriebene **Verpflichtungserklärungen** der Eignungsverleiher sind dem Angebot beizufügen.

4. Angaben zur Bietergemeinschaft

4.1. Mitglieder der Bietergemeinschaft

Name, Vorname bzw. Firmenbezeichnung	Anschrift bzw. Firmensitz	Vorgesehene Aufgaben im Rahmen des Projekts (bei bevorzugten Bietern: Anteil am Gesamtangebot)
--------------------------------------	---------------------------	---

4.2. Bevollmächtigter Vertreter

Angabe des von allen Mitgliedern für die Durchführung des Vergabeverfahrens und Vertrages gegenüber dem Auftraggeber bevollmächtigten Vertreters:

--

Hinweise zur Datenverarbeitung durch die Zentrale Vergabestelle des bayerischen Justizvollzugs

(Informationen nach Artikel 13 und 14 der Datenschutz-Grundverordnung)

Die Zentrale Vergabestelle des bayerischen Justizvollzugs verarbeitet neben unternehmensbezogenen Daten auch personenbezogene Daten in gesetzlich geregelten Verfahren. Personenbezogene Daten sind beispielsweise Angaben zu Ihrer Person, aber auch zu Sachverhalten, die mit Ihrer Person in Verbindung stehen.

Die in diesen Hinweisen bezeichneten Gesetze können Sie im Internet unter <http://www.gesetze-im-internet.de> (Bundesrecht), <http://www.gesetze-bayern.de> (Landesrecht Bayern) und <http://eur-lex.europa.eu/> (Recht der Europäischen Union) in der jeweils geltenden Fassung abrufen.

Die nachfolgenden Ausführungen gelten gleichermaßen für Bieter und für Bewerber in Vergabeverfahren.

1. Wer ist für die Datenverarbeitung verantwortlich und an wen kann ich mich wenden?

- Verantwortliche Stelle

Ihre personenbezogenen Daten werden durch die Zentrale Vergabestelle des bayerischen Justizvollzugs, Marxheimer Str. 2, 86694 Niederschönenfeld, E-Mail: zevest@jv.bayern.de, Tel. 09090/706-0 (Vermittlung), verarbeitet.

- Ihr Ansprechpartner bei Fragen zum Datenschutzrecht ist der behördliche Datenschutzbeauftragte.

Es gibt eine für den Datenschutz zuständige Person, an die Sie sich bei datenschutzrechtlichen Fragen wenden können:

Behördlicher Datenschutzbeauftragter
Justizvollzugsanstalt Niederschönenfeld
Abteistraße 21
86694 Niederschönenfeld
E-Mail: datenschutz.nsf@jv.bayern.de

Diese Person ist ausschließlich für datenschutzrechtliche Fragestellungen in Verwaltungsangelegenheiten zuständig. Sie kann Ihnen keinerlei Auskunft zum Vergabeverfahren geben und keine Rechtsberatung erteilen.

2. Welche personenbezogenen Daten werden verarbeitet?

Wir erheben, verarbeiten und nutzen die Daten, die Sie uns im Rahmen des Vergabeverfahrens zur Verfügung stellen. Das sind insbesondere:

- Persönliche Kontaktdaten und Namen von Bewerbern/Bietern, soweit es sich um natürliche Personen oder Personengesellschaften handelt, und Kontaktdaten von Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartnern der Bewerber/Bieter (z.B. Vor- und Nachname, Adresse, E-Mail-Adresse, Telefonnummer),
- Daten zur Qualifikation/Eignung eingesetzter Beschäftigter des Bewerbers/Bieters und
- Referenzen über in der Vergangenheit ausgeführte vergleichbare Leistungen.

Eine Datenerhebung darüber hinaus erfolgt nur, sofern wir dazu rechtlich verpflichtet sind oder Sie eingewilligt haben.

3. Zu welchen Zwecken verarbeiten wir Ihre Daten und aufgrund welcher Rechtsgrundlagen?

Ihre personenbezogenen Daten werden nur verarbeitet, soweit dies zur Erfüllung gesetzlicher Pflichten erforderlich ist oder Sie ausdrücklich eingewilligt haben.

Die Zentrale Vergabestelle hat bei der Vergabe öffentlicher Aufträge das Vergaberecht zu beachten. Dazu gehören insbesondere das Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB), die Verordnung über die Vergabe öffentlicher Aufträge (VgV), die Unterschwellenvergabeordnung (UVgO) sowie die Bayerische Haushaltsordnung (BayHO).

Die für eine Datenverarbeitung in Artikel 4 Abs. 1 des Bayerischen Datenschutzgesetzes und Artikel 6 Absatz 1 Buchstabe b und c der Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO) geforderten Legitimationsgrundlagen sind den vorgenannten Gesetzen bzw. Verordnungen zu entnehmen. Neben den Bestimmungen der DSGVO gilt für die bayerische Justiz ergänzend das Bayerische Datenschutzgesetz (BayDSG).

Die Verarbeitung personenbezogener Daten dient der Durchführung des Vergabeverfahrens und erfolgt auf Grundlage von § 4 BayDSG i. V. m. Art. 6 Abs. 1 lit. b und c DSGVO.

Ohne die Daten sowie die erforderlichen Auskünfte kann kein Zuschlag erteilt werden, da abgegebene Angebote unvollständig und damit auszuschließen sind.

Nach Abschluss des Verfahrens können die Daten zur Erfüllung anderer gesetzlicher Pflichten verarbeitet werden, etwa um gesetzlichen Aufbewahrungspflichten nachzukommen.

Auch zu anderen als den genannten Zwecken werden Ihre personenbezogenen Daten nur weiterverarbeitet, wenn es eine gesetzliche Grundlage für die jeweilige Datenverarbeitung gibt, beispielsweise zur Wahrnehmung der Aufgabe einer anderen Behörde, oder wenn Sie in eine solche Weiterverarbeitung vorher ausdrücklich eingewilligt haben.

Die Durchführung des Vergabeverfahrens erfolgt ausschließlich online über die Plattform eVergabe. Für eine Teilnahme am Verfahren haben Sie sich dort vorab mit Ihren Daten (z.B. Firmenname des Nutzers, Name und Vorname des Anmelders, E-Mail-Adresse – sogenannte Stammdaten) zu registrieren. Diese Daten fließen in einen Pool, auf den jede angeschlossene Vergabestelle zugreifen kann. Insoweit handeln die Vergabestellen als gemeinsam für die Verarbeitung Verantwortliche im Sinn von Art. 26 DSGVO. Die Daten werden lediglich zur Durchführung von Vergabeverfahren verwendet.

4. Wie verarbeiten wir diese Daten?

Ihre Daten werden im Rahmen des Vergabeverfahrens dokumentiert und ggf. der Vergabeakte beigelegt.

5. Wem gegenüber werden Ihre personenbezogenen Daten offengelegt?

Die Justiz legt Ihre personenbezogenen Daten ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern sowie Dritten gegenüber nur auf der Grundlage gesetzlicher Vorschriften offen oder wenn eine ausdrückliche Einwilligung Ihrerseits vorliegt.

Innerhalb der Justiz erhalten nur diejenigen Personen Zugang zu Ihren personenbezogenen Daten, die mit der Durchführung und Kontrolle des Vergabeverfahrens oder nach dessen Abschluss mit der Führung und Aufbewahrung der Verfahrensakte betraut sind, in dem Ihre Daten verfahrensrelevant sind.

Für die Erledigung unserer Aufgaben benutzen wir IT-gestützte Verfahren (Software), in die Ihre Daten eingegeben werden. Dabei arbeiten wir auf gesetzlicher Grundlage auch mit anderen Stellen der Landesverwaltung zusammen, die personenbezogene Daten in unserem Auftrag verarbeiten. Diesen werden Ihre personenbezogenen Daten, soweit erforderlich, offengelegt.

Alle personenbezogenen Daten, die im Rahmen der gesetzlichen Verpflichtungen verarbeitet werden, werden nur dann weitergegeben, wenn die Übermittlung gesetzlich zulässig ist oder Sie in die Übermittlung eingewilligt haben.

Zu den Empfängern aufgrund einer gesetzlich zulässigen Übermittlung können insbesondere gehören:

- Unterlegene Bewerber/Bieter, die einen Antrag nach § 62 Abs. 2 VgV stellen bzw. gemäß § 46 Abs.1 UVgO über die Merkmale und Vorteile des erfolgreichen Angebotes sowie den Namen des erfolgreichen Bieters zu unterrichten sind.
- Bei der Vergabe öffentlicher Aufträge bei einer Auftragssumme ab 30 000 Euro (ohne Umsatzsteuer) muss der öffentliche Auftraggeber für den Bieter, der den Zuschlag erhalten soll, eine Auskunft aus dem Wettbewerbsregister einholen.
- Bei Beschränkten Ausschreibungen ohne Teilnahmewettbewerb und Verhandlungsvergaben ohne Teilnahmewettbewerb ab einem Auftragswert von 25 000 Euro wird für die Dauer von drei Monaten über jeden vergebenen Auftrag auf www.auftraege.bayern.de informiert. Diese Information enthält zumindest auch den Namen des beauftragten Unternehmens.
- Die Stelle zur Nachprüfung behaupteter Verstöße gegen Vergabebestimmungen (Vergabekammer).
- Gerichte im Falle von Klagen.

6. Wie lange speichern wir Ihre personenbezogenen Daten?

Personenbezogene Daten, die im Rahmen eines Verfahrens erhoben wurden, werden ggf. in die Vergabeakten aufgenommen. Die Speicherfristen für die Vergabeakten bestimmen sich nach den gesetzlichen Aufbewahrungsbestimmungen.

7. Sind Sie verpflichtet, Ihre personenbezogenen Daten bereitzustellen?

Grundsätzlich müssen Sie nur die Daten bereitstellen, die für die ordnungsgemäße Durchführung des Verfahrens erforderlich sind oder zu deren Erhebung wir nach anderen Gesetzen verpflichtet sind.

Besteht nach der maßgeblichen Rechtsgrundlage eine Pflicht zur Bereitstellung Ihrer personenbezogenen Daten, richten sich die Rechtsfolgen einer Verletzung dieser Pflicht nach deren Regelungen.

8. Ihre Rechte als betroffene Person gegenüber der bayerischen Justiz

Um Ihre personenbezogenen Daten wirksam zu schützen, gewährt Ihnen das Datenschutzrecht eine Reihe von Rechten, die Sie gegenüber der bayerischen Justiz geltend machen können:

8.1 Recht auf Auskunft, Artikel 15 DSGVO

Gemäß Artikel 15 Absatz 1 DSGVO haben Sie das Recht auf Auskunft darüber, ob wir Ihre personenbezogenen Daten verarbeiten. Ist dies der Fall, haben Sie Anspruch auf weitere Informationen (Artikel 15 Absatz 2 DSGVO). Das Auskunftsrecht wird durch das Recht Dritter am Schutz ihrer personenbezogenen Daten beschränkt (Artikel 15 Absatz 4 DSGVO).

8.2 Recht auf Berichtigung, Löschung oder Einschränkung der Verarbeitung, Artikel 16, 17 und 18 DSGVO

Sie haben nach Artikel 16 DSGVO das Recht, unverzüglich die Berichtigung unrichtiger Daten und die Vervollständigung unvollständiger Daten – auch mittels einer ergänzenden Erklärung – zu verlangen.

Ein Recht auf Löschung personenbezogener Daten steht Ihnen nach Maßgabe des Artikels 17 DSGVO insbesondere dann zu, wenn die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten nicht oder nicht mehr zulässig ist. Dies ist zum Beispiel dann der Fall, wenn die Aufbewahrungsfristen für die betreffenden Verfahrensakte abgelaufen sind und eine Vernichtung nicht schon von Amts wegen erfolgt ist.

Unter den Voraussetzungen von Artikel 18 DSGVO besteht ein Recht auf Einschränkung der Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten.

8.3 Recht auf Widerspruch, Artikel 21 DSGVO

Sie haben gemäß Artikel 21 DSGVO - soweit nicht eine gesetzliche Verpflichtung zu bestimmten Angaben geltend gemacht wird - das Recht, aus Gründen, die sich aus Ihrer besonderen Situation ergeben, gegen die Verarbeitung Sie betreffender personenbezogener Daten Widerspruch einzulegen. Wir dürfen in einem solchen Fall die Verarbeitung Ihrer Daten nur fortsetzen, wenn ein zwingender Grund vorliegt. Ein zwingender Grund kann sich insbesondere aus Gesetzen ergeben, die der Verarbeitung zur Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen dienen oder uns zur fortgesetzten Verarbeitung zwingen, beispielsweise gesetzliche Aktenaufbewahrungsfristen.

Sollten Sie von Ihren oben genannten Rechten Gebrauch machen, werden wir prüfen, ob die gesetzlichen Voraussetzungen hierfür erfüllt sind. Die genannten Rechte stehen in einem Verfahren unter dem Vorbehalt der jeweils geltenden Rechtsgrundlage, insbesondere der Verfahrensordnungen, die zur Sicherung einer sachgerechten Verfahrensdurchführung und im Interesse der Verfahrensbeteiligten besondere Regelungen und Einschränkungen vorsehen können.

9. Ihr Recht auf Beschwerde bei dem Landesbeauftragten für den Datenschutz, Artikel 77 DSGVO

Wir nehmen den Schutz Ihrer personenbezogenen Daten ernst. Mit Ihrem Anliegen bezüglich Ihrer von uns verarbeiteten personenbezogenen Daten können Sie sich jederzeit an uns wenden.

Es steht Ihnen aber auch frei, sich mit einer Beschwerde an den Bayerischen Landesbeauftragten für den Datenschutz

Wagmüllerstraße 18,
80538 München,

zu wenden. Bitte beachten Sie, dass der Landesbeauftragte für den Datenschutz eine Aufsicht nur ausübt, soweit die Gerichte in Verwaltungsangelegenheiten, also nicht rechtsprechend, tätig werden.

Projekt-Nr.: 2026JST000003

Aktenzeichen: EU26-30-E

Projektname: Mittagsverpflegung Justizvollzugsanstalt Kronach

Firmenbezeichnung und -anschrift

Erklärung zur Vermeidung des Erwerbs von Produkten aus ausbeuterischer Kinderarbeit

1. Anwendungsbereich

Von ausbeuterischer Kinderarbeit sind insbesondere folgende Produkte betroffen:

- Sportbekleidung, Sportartikel, insbesondere Bälle;
- Spielwaren;
- Teppiche;
- Textilien;
- Lederprodukte;
- Billigprodukte aus Holz;
- Natursteine;
- Agrarprodukte wie z.B. Kaffee, Kakao, Orangen- oder Tomatensaft.

Enthält die Leistung oder Lieferung derartige Produkte, die in Afrika, Asien oder Lateinamerika hergestellt bzw. bearbeitet werden oder wurden, ist eine der beiden folgenden Erklärungen erforderlich:

Bitte die entsprechende Erklärung ankreuzen!

- Ich sichere / Wir sichern zu, dass die Herstellung bzw. Bearbeitung der zu liefernden Produkte ohne ausbeuterische Kinderarbeit im Sinn des IAO-Übereinkommens Nr. 182 erfolgt bzw. erfolgt ist, sowie ohne Verstöße gegen Verpflichtungen ist, die sich aus der Umsetzung dieses Übereinkommens oder aus anderen nationalen oder internationalen Vorschriften zur Bekämpfung von ausbeuterischer Kinderarbeit ergeben.

Ja ☐

- Ich sichere / Wir sichern zu, dass mein / unser Unternehmen, meine / unsere Lieferanten und deren Unterauftragnehmer aktive und zielführende Maßnahmen ergriffen haben, um ausbeuterische Kinderarbeit im Sinn des IAO-Übereinkommens Nr. 182 bei Herstellung bzw. Bearbeitung der zu liefernden Produkte auszuschließen.

Ja ☐

2. Eigenerklärung

Ich bin mir / Wir sind uns bewusst, dass eine wissentlich oder vorwerfbar falsche Abgabe der vorstehenden Erklärung meinen / unseren Ausschluss von diesem Vergabeverfahren zur Folge hat bzw. – nach Vertragsschluss – den Auftraggeber gegebenenfalls zur Kündigung aus wichtigem Grund ohne Einhaltung einer Frist berechtigt.

Zusätzliche Vertragsbedingungen für die Ausführung von Leistungen

1

Es gelten die allgemeinen Geschäftszeiten, die bei der jeweiligen Justizvollzugsanstalt abgefragt werden können. Die Justizvollzugsanstalten können spezifische Liefer-/Leistungszeiten festlegen.

2

Der Auftraggeber kann vorab Personendaten zu den vom Auftragnehmer eingesetzten Kräften anfordern und Sicherheitsprüfungen durchführen. Aus Gründen der Sicherheit und Ordnung kann der Auftraggeber verlangen, dass der Auftragnehmer einzelne Personen entweder nicht mit den für den Auftraggeber durchzuführenden Arbeiten betraut oder sie unverzüglich davon entbindet.

3

Ist das Betreten oder Befahren des Geländes der Justizvollzugsanstalt zur Ausführung der Leistung erforderlich, müssen sich Personen gegenüber der Vollzugsbehörde ausweisen können. Sicherheitskontrollen von Personen, Fahrzeugen und mitgeführten Gegenständen werden durchgeführt. Die damit verbundenen Einschränkungen, Umstände und Wartezeiten müssen vom Auftragnehmer geduldet und berücksichtigt werden. Wartezeiten begründen keine Ansprüche des Auftragnehmers, insbesondere keinen Anspruch auf Vergütung.

Sofern nicht der Auftragsgegenstand das Befahren des Anstaltsgeländes mit Fahrzeugen erfordert, müssen Fahrzeuge grundsätzlich außerhalb geparkt werden. Fahrzeugschlüssel dürfen nicht in die Vollzugsanstalt eingebracht werden.

Der weitere Zugang zum Anstaltsgelände, zu den Gebäuden, der Aufenthalt und die Fortbewegung auf dem Gelände sind nur mit und unter Aufsicht von Bediensteten der Justizvollzugsanstalt möglich.

4

Das Einbringen von Gegenständen und Materialien, die die Sicherheit oder Ordnung in der Vollzugsanstalt gefährden, ist verboten.

Das Mitführen von Mobiltelefonen, Notebooks und ähnlichen Gegenständen (insbesondere solcher mit Anbindung an Funk-/Datennetze) ist auf dem gesamten Gelände der Justizvollzugsanstalt untersagt. Die Geräte müssen – sofern nicht der Auftragnehmer selbst die Aufbewahrung außerhalb der Vollzugsanstalt regelt – an der Torwache (regelmäßig sind dort abschließbare Fächer vorhanden) abgegeben werden.

5

Das Fotografieren ist auf dem gesamten Gelände der Justizvollzugsanstalt untersagt.

6

Die Kontaktaufnahme mit Insassen, das Übergeben, Übernehmen oder Austauschen von Gegenständen und Materialien, sind verboten.

Soweit nach Art der Leistung Ausnahmen davon erforderlich sind, treffen die Justizvollzugsanstalten in den maßgeblichen Unterlagen (z.B. Vertrag über die Durchführung der Leistung) oder in gesonderter Weise die erforderlichen Regelungen.

7

Die Bestimmungen des Auftraggebers sind zu beachten.

8

Anweisungen von Bediensteten der Justizvollzugsanstalt zur Aufrechterhaltung der Sicherheit oder Ordnung ist Folge zu leisten.

9

Im gesamten Anstaltsbereich gilt striktes Alkoholverbot.

Die Justizvollzugsanstalten können Ausnahmen zulassen oder zusätzliche Regelungen treffen.

LEISTUNGSVERZEICHNIS

Ausschreibung

29.05.2026

Verfahren: 2026JST000003 - Mittagsverpflegung Justizvollzugsanstalt Kronach

SKONTO

Skonto zugelassen	Ja
Zahlungsziel (falls zugelassen)	10 Tag(e)
Skonto	_____ %

AUFLISTUNG ALLER POSITIONEN

ALLE PREISE SIND OHNE UMSATZSTEUER ANZUGEBEN

1	Mittagsverpflegung Cook & Chill	EUR				
1.1	Preisangabe Einzelportion	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
		7%	1,00	Gericht (Gastronomie) pro 1,00 Gericht (Gastronomie)

Geben Sie hier den Preis für eine Einzelportion ohne Umsatzsteuer an.

Der Preis beinhaltet alle Leistungen gemäß Vergabeunterlagen.

Geben Sie auch den maßgeblichen Umsatzsteuersatz an.

Der Preis fließt in Anwendung der einfachen Richtwertmethode in die Ermittlung des wirtschaftlichsten Angebots ein. Dabei wird aus dem Quotienten von Leistung (siehe dazu Anlage "2 Hinweise zur Durchführung einer Testverkostung" und nachfolgende Nr. 6.1 im Abschnitt Leistungskriterien) und Preis die Kennzahl Z (mit zwei Nachkommastellen, kaufmännisch gerundet) gebildet. Das Angebot mit der höchsten Kennzahl Z ist das wirtschaftlichste Angebot.

Für den Fall, dass bei den führenden Angeboten die Kennzahlen Z identisch sind, entscheidet sich die Reihenfolge zu Gunsten des Angebots mit der höheren Leistungspunktzahl.
Bei Gleichheit auch bei diesem Wert entscheidet das Los.

1.2 Zahlungsbedingungen

EUR

Zahlungsziel

Das Zahlungsziel von 10 Tagen gilt nur bei Gewährung von Skonto, Rechnungen ohne Skonto sind innerhalb von 21 Tagen fällig (nach Eingang einer ordnungsgemäßen und prüfbaren Rechnung und Vorliegen aller die Zahlung begründenden Voraussetzungen).

Zahlungen

Rechnung zahlbar in einem Betrag (keine Voraus-, Teil- oder Abschlagszahlungen)

Rechnungsstellung

Die Rechnungsstellung erfolgt jeweils monatlich nachträglich und ist zu richten an:
Justizvollzugsanstalt Kronach, Wirtschaftsverwaltung, Festungsstr. 9,
96317 Kronach

Die Rechnungen beinhalten für jeden Kalendertag die Anzahl der gelieferten und abrechnungsfähigen Portionen.

Hinweis zur Umsatzsteuer

Bei der Ermittlung des wirtschaftlichsten Angebotes werden die Bruttopreise berücksichtigt.
Der Bruttopreis beinhaltet bei Übergang der Steuerschuld auf den Auftraggeber (z. B. gem. § 13b UStG) auch die von diesem an das zuständige Finanzamt abzuführende Umsatzsteuer.
Hinweis: Der Umsatzsteuersatz in den Produktpositionen darf vom Bieter nur angepasst werden, sofern ein ermäßigter Steuersatz (z.B. Leistungen von Behindertenwerkstätten) oder eine Umsatzsteuerbefreiung (§§ 4, 19 UStG) vorliegt.
Zusammenfassung: Wertungspreis = Angebotsnettopreis + (Einfuhr-/)Umsatzsteuer unabhängig davon, ob Auftraggeber oder Auftragnehmer Steuerschuldner ist.

ANGEBOTSSUMME(N)

Summe exkl. Nachlass (netto)	_____
Nachlass (netto)	_____
Summe inkl. Nachlass (netto)	_____
Umsatzsteuer	_____
Summe (brutto)	_____

Verfahren: 2026JST000003 - Mittagsverpflegung Justizvollzugsanstalt Kronach

AUFLISTUNG ALLER DATEIANLAGEN ZU DEN POSITIONEN

Name	Dateiname	Größe	MIME-Type
------	-----------	-------	-----------

EIGNUNGSKRITERIEN

1 Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit**1.1 Mindestumsatz****1.1.1 Mindestumsatz [Mussangabe]**

Ausschlusskriterium

Zum Nachweis der wirtschaftlichen und finanziellen Leistungsfähigkeit wird ein Jahresumsatz im Tätigkeitsbereich des Auftrags von mindestens 400.000 Euro (netto) je Jahr in den letzten beiden abgeschlossenen Geschäftsjahren gefordert.

Bestätigen Sie die Einhaltung der Anforderung und geben Sie bei den nachfolgenden Nummern 1.1.2 bis 1.1.4 den jeweils abgefragten Jahresumsatz (netto) an.

- ☐ Keine Angabe
☐ Ja
☐ Nein

Nur eine Antwort wählbar

1.1.2 Umsatz im Geschäftsjahr 2025 [Mussangabe]

Geben Sie den Umsatz im Tätigkeitsbereich des Auftrags für das Jahr 2025 an.

1.1.3 Umsatz im Geschäftsjahr 2024 [Mussangabe]

Geben Sie den Umsatz im Tätigkeitsbereich des Auftrags für das Jahr 2024 an.

1.1.4 Umsatz im Geschäftsjahr 2023

Geben Sie den Umsatz im Tätigkeitsbereich des Auftrags für das Jahr 2023 an. (falls 2025 noch nicht abgeschlossen).

1.2 Berufs-/Betriebshaftpflichtversicherung**1.2.1 Berufs-/Betriebshaftpflichtversicherung [Mussangabe]**

Ausschlusskriterium

Gefordert wird ein Nachweis einer bestehenden Berufs-/Betriebshaftpflichtversicherung mit einer Deckungssumme von mind. 5 Mio. Euro für Personenschäden und mind. 1 Mio. Euro für Sachschäden oder alternativ eine verbindliche Erklärung, aus der sich ergibt, dass im Falle der Zuschlagserteilung eine solche Versicherung vor Beginn der Ausführung der Leistung abgeschlossen wird.

Bestätigen Sie die Einhaltung der Anforderung.

- ☐ Keine Angabe
☐ Ja
☐ Nein

Nur eine Antwort wählbar

1.2.2 Erklärung Versicherung (bereits vorhanden) [Mussangabe]

Geben Sie an, ob eine den Anforderungen entsprechende Versicherung bereits abgeschlossen ist und fügen Sie - falls ja - dem Angebot einen Nachweis in Kopie bei.
 Liegt eine Versicherung bereits vor?

- ☐ Keine Angabe (0)
☐ Ja (0)
☐ Nein (0)

Nur eine Antwort wählbar

1.2.3 Versicherung noch abzuschließen [Mussangabe]

Für den Fall, dass eine den Anforderungen entsprechende Versicherung noch nicht vorliegt, bestätigen Sie hier die Verpflichtung zum Abschluss einer solchen Versicherung, die spätestens zum Zeitpunkt der Auftragsausführung gültig ist. Der Auftraggeber kann einen entsprechenden Nachweis auch vor Erteilung des Zuschlags anfordern.

- ☐ Keine Angabe (0)
☐ Ja (0)
☐ Nein (0)

Nur eine Antwort wählbar

2	Technische und berufliche Leistungsfähigkeit
2.1	Referenzen [Mussangabe] <small>Ausschlusskriterium</small> Zum Nachweis der technischen und beruflichen Leistungsfähigkeit wird der Nachweis und die Darstellung mindestens einer vergleichbaren Referenzleistung aus den letzten drei Jahren (beginnend ab Mai 2023) gefordert (vergleichbar nach Art der Verpflegung und Umfang - bezogen auf das durchschnittliche tägliche Aufkommen - der Leistung). Hinweise: - Gefordert ist die Angabe von mindestens einer vergleichbaren Referenzleistung, es können auch weitere Referenzleistungen angegeben werden. - Auch eine etwa bisher gegenüber dem Auftraggeber erbrachte Leistung kann angegeben werden (soweit vergleichbar). - Mehrere einzelne kleinere Referenzleistungen (maximal fünf) können addiert werden, um eine vergleichbare (Gesamt-)Leistung zu bilden. In diesem Fall geben Sie bei den nachfolgenden Nummern die erste Referenzleistung an und fügen dem Angebot ein zusätzliches Dokument (mit den geforderten Angaben) bei, aus dem sich die weiteren zusammen zu fassenden Referenzleistungen ergeben. Bestätigen Sie die Einhaltung der Anforderungen. <div style="display: flex; align-items: center;"> <div style="margin-right: 10px;"> <input type="checkbox"/> <input type="checkbox"/> <input type="checkbox"/> </div> <div> <i>Keine Angabe</i> Ja Nein </div> </div>
<small>Nur eine Antwort wählbar</small>	
2.2	Referenz 1
2.2.1	Referenzkunde [Mussangabe] Geben Sie den Namen des Referenzkunden (Unternehmens-/Auftraggeberbezeichnung, Anschrift) an.
2.2.2	Ansprechpartner des Referenzkunden [Mussangabe] Geben Sie einen deutschsprachigen Ansprechpartner des Referenzkunden an (Kontakt, Telefon, E-Mail).
2.2.3	Beschreibung des Referenzauftrags [Mussangabe] Beschreiben Sie den Auftrag/die Leistung detailliert und nachvollziehbar (insbesondere die Art der Verpflegung/Verpflegungsform, Anzahl der Lieferstellen, Transportentfernung, eingesetzte Behälter, Speisenfolge).
2.2.4	Umfang des Referenzauftrags [Mussangabe] Geben Sie den Umfang des Auftrags (insbesondere Anzahl der täglichen Mahlzeiten) an.
2.2.5	Zeitraum des Referenzauftrags [Mussangabe] Geben Sie den Zeitraum des Referenzauftrags an (Beginn und Ende; jeweils Monat/Jahr).
2.3	Referenz 2
2.3.1	Referenzkunde [Mussangabe] Geben Sie den Namen des Referenzkunden (Unternehmens-/Auftraggeberbezeichnung, Anschrift) an.
2.3.2	Ansprechpartner des Referenzkunden [Mussangabe] Geben Sie einen deutschsprachigen Ansprechpartner des Referenzkunden an (Kontakt, Telefon, E-Mail).
2.3.3	Beschreibung des Referenzauftrags [Mussangabe] Beschreiben Sie den Auftrag/die Leistung detailliert und nachvollziehbar (insbesondere die Art der Verpflegung/Verpflegungsform, Anzahl der Lieferstellen, Transportentfernung, eingesetzte Behälter, Speisenfolge).
2.3.4	Umfang des Referenzauftrags [Mussangabe] Geben Sie den Umfang des Auftrags (insbesondere Anzahl der täglichen Mahlzeiten) an.
2.3.5	Zeitraum des Referenzauftrags [Mussangabe] Geben Sie den Zeitraum des Referenzauftrags an (Beginn und Ende; jeweils Monat/Jahr).
2.4	Referenz 3
2.4.1	Referenzkunde [Mussangabe] Geben Sie den Namen des Referenzkunden (Unternehmens-/Auftraggeberbezeichnung, Anschrift) an.

2.4.2 Ansprechpartner des Referenzkunden [Mussangabe]

Geben Sie einen deutschsprachigen Ansprechpartner des Referenzkunden an (Kontakt, Telefon, E-Mail).

2.4.3 Beschreibung des Referenzauftrags [Mussangabe]

Beschreiben Sie den Auftrag/die Leistung detailliert und nachvollziehbar (insbesondere die Art der Verpflegung/Verpflegungsform, Anzahl der Lieferstellen, Transportentfernung, eingesetzte Behälter, Speisenfolge).

2.4.4 Umfang des Referenzauftrags [Mussangabe]

Geben Sie den Umfang des Auftrags (insbesondere Anzahl der täglichen Mahlzeiten) an.

2.4.5 Zeitraum des Referenzauftrags [Mussangabe]

Geben Sie den Zeitraum des Referenzauftrags an (Beginn und Ende; jeweils Monat/Jahr).

3 Eigenerklärung

3.1 Bestätigung der Kenntnisnahme [Mussangabe]

Ausschlusskriterium

Die Eigenerklärung habe ich zur Kenntnis genommen und bestätige ihren Inhalt.

- ☐ Keine Angabe
☐ Ja
☐ Nein

Nur eine Antwort wählbar

3.2 Bestätigung zu Bewerber- / Bietergemeinschaften

Als bevollmächtigter Vertreter bestätige ich, dass auch sämtliche beteiligte Unternehmen den Inhalt der Eigenerklärung zur Kenntnis genommen und bestätigt haben.

(Anmerkung: liegt keine Beteiligung als Bewerber- / Bietergemeinschaft vor, ist keine Angabe zu machen.)

- ☐ Keine Angabe (0)
☐ Ja (0)
☐ Nein (0)

Nur eine Antwort wählbar

3.3 Bestätigung der Kenntnisnahme RUS [Mussangabe]

Ausschlusskriterium

Die Eigenerklärung zu russischen Unternehmen habe ich zur Kenntnis genommen und bestätige ihren Inhalt.

- ☐ Keine Angabe
☐ Ja
☐ Nein

Nur eine Antwort wählbar

3.4 Angaben zu fakultativen Ausschlussgründen

Sollten für Sie bzw. Ihr Unternehmen fakultative Ausschlussgründe nach § 124 GWB vorliegen, schildern Sie bitte, warum diese nicht zu einem Ausschluss vom Verfahren führen sollen.

Der Auftraggeber entscheidet im Rahmen der Angebotsprüfung über den Ausschluss.

Sie können ausführlichere Angaben zum Sachverhalt auch im Arbeitsschritt Eigene Anlagen als Dokument hochladen.

4 Eigenerklärung für Unterauftragnehmer

4.1 Eigenerklärung für Unterauftragnehmer

Ich bestätige, dass ich die Anlage "Eigenerklärung für Unterauftragnehmer" jedem Unterauftragnehmer zur Bestätigung weitergeleitet habe. Sie wurde von diesen um Firmenbezeichnung und -anschrift ergänzt, unterschrieben und anschließend im Arbeitsschritt "Eigene Anlagen" als pdf-Datei hochgeladen.

(Anmerkung: Liegt keine Einbeziehung von Unterauftragnehmern vor, ist keine Angabe zu machen.)

- ☐ Keine Angabe (0)
☐ Ja (0)
☐ Nein (0)

Nur eine Antwort wählbar

5 Angaben Wettbewerbsregister

5.1 Grundlage Auskunft Wettbewerbsregister

Öffentliche Auftraggeber sind nach § 6 Abs. 1 des Wettbewerbsregistergesetzes ab einer Höhe von 30.000 € verpflichtet, für den Bieter, der den Zuschlag erhalten soll, vor der Zuschlagserteilung eine Auskunft aus dem Wettbewerbsregister anzufordern.

5.2 Name des Unternehmens [Mussangabe]

Name des Unternehmens:

5.3 Postanschrift

5.3.1 Sitz des Unternehmens [Mussangabe]

Sitz des Unternehmens / der Firma:

5.3.2 Straße [Mussangabe]

Straße:

5.3.3 Hausnummer [Mussangabe]

Hausnummer:

5.3.4 Postleitzahl [Mussangabe]

Postleitzahl:

Hinweis: Es sind nur Hauszustellungs-Postleitzahlen zulässig!

5.3.5 Ort [Mussangabe]

Ort:

5.3.6 Land [Mussangabe]

In welchem Land / Staat ist Ihr Unternehmen ansässig?

5.4 Rechtsform [Mussangabe]

Welche Rechtsform hat Ihr Unternehmen?

- [] Keine Angabe (0)
- [] Natürliche Person (0)
- [] AG (0)
- [] AG (England) (0)
- [] AG (Schottland) (0)
- [] AG (Schweiz) (0)
- [] AG & Co. KG (0)
- [] AG & Co. KG i. L. (0)
- [] AG & Co. oHG (0)
- [] AG & Co. oHG i. L. (0)
- [] AG i. Gr. (0)
- [] AG i. L. (0)
- [] AöR (0)
- [] BV (0)
- [] Corp. (0)
- [] e.K. (0)
- [] e.V. (0)
- [] e.V. i. L. (0)
- [] eG (0)
- [] eG i. Gr. (0)
- [] eG i. L. (0)
- [] eGbR (0)
- [] Einzelunternehmer (0)
- [] EWIV (0)
- [] GbR (0)
- [] gGmbH (0)
- [] GmbH (0)
- [] GmbH (Österreich) (0)
- [] GmbH (Schweiz) (0)
- [] GmbH & Co. KG (0)
- [] GmbH & Co. KG i. L. (0)
- [] GmbH & Co. OHG (0)
- [] GmbH & Co. OHG i. L. (0)
- [] GmbH i. Gr. (0)
- [] GmbH i. L. (0)
- [] Inc. (0)
- [] KG (0)
- [] KG i. L. (0)
- [] KGaA (0)
- [] KöR (0)
- [] LLP (0)
- [] Ltd. (0)
- [] n.e.V. (0)
- [] NV (0)

- ☐ OHG (0)
- ☐ OHG i. L. (0)
- ☐ Oy (0)
- ☐ PartG (0)
- ☐ PartG i. L. (0)
- ☐ PartGmbH (0)
- ☐ S.L. (0)
- ☐ SA (0)
- ☐ SARL (0)
- ☐ SE (0)
- ☐ SNC (0)
- ☐ sp. z.o.o. (0)
- ☐ SpA (0)
- ☐ SRL (0)
- ☐ Stiftung & Co. KG (0)
- ☐ Stiftung & Co. KG i. L. (0)
- ☐ Stiftung & Co. OHG (0)
- ☐ Stiftung & Co. OHG i. L. (0)
- ☐ Stiftung bR (0)
- ☐ Stiftung öR (0)
- ☐ UG (haftungsbeschränkt) (0)
- ☐ UG (haftungsbeschränkt) & Co. KG (0)
- ☐ VEB (0)
- ☐ VVaG (0)
- ☐ WEG (0)
- ☐ Rechtsform nicht gelistet (0)

Nur eine Antwort wählbar

5.5 Registerangaben

5.5.1 Registerangaben

Ist das zuständige Registergericht / die zuständige Registerstelle im In- oder im Ausland angesiedelt?

- ☐ *Keine Angabe* (0)
- ☐ Register in der Bundesrepublik Deutschland (= Inländisches Register). Bitte füllen Sie die Felder unter 'Inländisches Register' aus. (0)
- ☐ Register außerhalb der Bundesrepublik Deutschland (= Ausländisches Register). Bitte füllen Sie die Felder unter 'Ausländisches Register' aus. (0)
- ☐ Für mein Unternehmen existiert kein Registereintrag, da natürliche Person/Personenvereinigung. Bitte füllen Sie die Felder unter 'Keine Registerangabe' aus. (0)

Nur eine Antwort wählbar

5.5.2 Inländisches Register

5.5.2.1 Registergericht

Zuständiges Registergericht:

5.5.2.2 Registerart

Zutreffende Registerart:

- ☐ *Keine Angabe* (0)
- ☐ HRA (0)
- ☐ HRB (0)
- ☐ GnR (0)
- ☐ GsR (0)
- ☐ PR (0)
- ☐ VR (0)

Nur eine Antwort wählbar

5.5.2.3 Registernummer

Angabe zur Registernummer:

5.5.3 Ausländisches Register

5.5.3.1 Ausländische Registernummer

Ausländische Registernummer:

5.5.3.2 Registerbezeichnung

Registerbezeichnung:

5.5.3.3 Registerführende Stelle

Registerführende Stelle:

5.5.4 Keine Registerangabe

5.5.4.1 Keine Registerangabe

Für Einzelunternehmer (Freiberufler oder Selbstständige) werden folgende Angaben benötigt.

5.5.4.2 Einzelunternehmer

5.5.4.2.1 Familienname

Familienname:

5.5.4.2.2 Vorname

Vorname:

5.5.4.3 Sonstige Gründe

Bitte erläutern Sie, weshalb keine der vorhergehenden Auswahlmöglichkeiten zutreffen:

5.5.5 Umsatzsteueridentifikationsnummer

Falls Sie eine Umsatzsteueridentifikationsnummer besitzen, dann geben Sie diese bitte an:

6 Ausschlussgründe nach den §§ 123, 124 GWB

6.1 Hinweis

Hinweis:

Ein Eintrag zu den folgenden Punkten erfolgt erst bei der Angebotsprüfung durch den Auftraggeber, es ist kein Eintrag durch den Bieter zulässig.

6.2 Ausschlussgründe nach § 123 GWB

Ausschlusskriterium

Der Auftraggeber hat keine Kenntnis von zwingenden Ausschlussgründen nach § 123 GWB?

- ☐ Keine Angabe
- ☐ Ja
- ☐ Nein

Nur eine Antwort wählbar

6.3 Ausschluss nach § 124 GWB

Ausschlusskriterium

Der Auftraggeber hat keine Kenntnis von fakultativen Ausschlussgründen nach § 124 GWB, die zum Ausschluss führen?

- ☐ Keine Angabe
- ☐ Ja
- ☐ Nein

Nur eine Antwort wählbar

7 statistische Angaben

7.1 Unternehmensgröße [Mussangabe]

Zur Kontrolle der öffentlichen Vergabeverfahren und zur Überprüfung ihrer Mittelstandsförderungsmaßnahmen erhebt die Europäische Union (EU) bei allen ausschreibenden Stellen verschiedene Daten zum Ergebnis von Vergabeverfahren. Bitte geben Sie hierzu Ihre Unternehmensgrößenklasse an.

Nähere Informationen, ob Ihr Unternehmen die Eigenschaft als Kleinst-, kleines oder mittleres Unternehmen erfüllt, finden Sie in dem vom Amt für Veröffentlichungen der Europäischen Union herausgegebenen Benutzerleitfaden zur Definition von KMU.

Es handelt sich um einen rein statistischen Wert, d.h. die Angabe zu diesem Punkt hat keinerlei Auswirkung auf die Zulässigkeit Ihres Angebots oder die Bewertung der Wirtschaftlichkeit.

- ☐ Keine Angabe (0)
- ☐ Kleinstunternehmen (0)
- ☐ Kleines Unternehmen (0)
- ☐ Mittleres Unternehmen (0)
- ☐ Großunternehmen (0)

Nur eine Antwort wählbar

Verfahren: 2026JST000003 - Mittagsverpflegung Justizvollzugsanstalt Kronach

LEISTUNGSKRITERIEN

1 Gegenstand der Ausschreibung

1.1 Erläuterungen zum Auftragsgegenstand

Gegenstand des Vertrages ist die Zubereitung und Lieferung von Mittagessen für die Verpflegung der Gefangenen der Justizvollzugsanstalt Kronach im sog. „Cook and Chill – Verfahren“.

Grundlage ist der den Vergabeunterlagen beigefügte Vertrag (Anlage "1 Vertrag Kronach")

Cook & Chill bedeutet, dass die Speisen nicht komplett, sondern nur zu ca. 90 % vorgegart und anschließend sofort heruntergekühlt werden, bevor sie zu den Kantinen transportiert und dort kurz vor der Speisenausgabe erhitzt werden.

Der Auftragnehmer stellt durch termingerechte Lieferungen die Versorgung der Justizvollzugsanstalt Kronach nach Maßgabe des Vertrages und der weiter in den Vergabeunterlagen festgelegten Bedingungen sicher..

Der Auftragnehmer übernimmt die Herstellung/Zubereitung und Lieferung des Mittagessens nach den in Deutschland geltenden Qualitätsanforderungen und nach den Anforderungen in den Vergabeunterlagen. Er organisiert die Anlieferung unter Bereitstellung allen erforderlichen Zubehörs.

Die benötigte Menge (Zahl der Portionen) orientiert sich am tatsächlichen Bedarf der Justizvollzugsanstalt Kronach. Die Verpflegungszahlen unterliegen nicht kalkulierbaren Schwankungen und werden täglich ermittelt. Feste Bedarfe können nicht bestimmt werden. Mindestabnahmemengen werden nicht vereinbart. Der Auftragnehmer sichert die Einhaltung aller maßgeblichen lebensmittelrechtlichen Bestimmungen zu. Er gewährleistet die Einhaltung für die Dauer der Laufzeit dieses Vertrages und trägt die ausschließliche Verantwortung im lebensmittelrechtlichen Sinn. Über Änderungen der rechtlichen Vorgaben hat sich der Auftragnehmer selbst zu informieren und diese laufend umzusetzen. Der Auftragnehmer legt im Rahmen des Vergabeverfahrens sein betriebliches Hygienekonzept vor und sichert zu, dieses für die Dauer der Vertragslaufzeit fortzuführen und ggf. neuen Anforderungen anzupassen.

Der Auftragnehmer berücksichtigt Richtlinien und Empfehlungen der DGE sowie Hygieneanforderungen speziell für das Cook & Chill-Verfahren.

Die im Vertrag in Bezug genommenen wesentlichen rechtlichen Bestimmungen zur Verpflegung der Gefangenen in den bayerischen Justizvollzugsanstalten können recherchiert werden unter:

Verpflegungsordnung (VerpflO):

<http://www.gesetze-bayern.de/Content/Document/BayVwV153951>true>

Bayer. Strafvollzugsgesetz (BayStVollzG):

<http://www.gesetze-bayern.de/Content/Document/BayStVollzG-23>

1.2 Schätzmengen/-werte (Auftragsvolumen)

Das Auftragsvolumen für die angestrebte Rahmenvereinbarung wurde anhand der Belegungsdaten aus dem Jahr 2025 abgeleitet. Die tägliche Durchschnittsbelegung lag bei 73 Gefangenen (Verpflegungsteilnehmer).

Der Auftraggeber kann aber keine verbindlichen Angaben zu Häufigkeit und Umfang der künftigen Inanspruchnahme der Leistungen machen. Auch die Entwicklung der in diesem Zusammenhang weiter relevanten Gefangenenzahlen ist nicht vorhersehbar.

Für die Bedarfsmenge kann und wird der Auftraggeber deshalb keine Verpflichtungen eingehen. Leistungen bestimmen sich ausschließlich nach dem tatsächlichen Bedarf und der konkreten Inanspruchnahme durch die Justizvollzugsanstalt Kronach. Diese allein bzw. die Bediensteten vor Ort entscheiden über die Bedarfsmenge nach den jeweiligen tatsächlichen Gegebenheiten.

1.3 Höchstmengenregelung

Der Auftraggeber hat für die gegenständliche Rahmenvereinbarung eine Höchstmenge festgelegt. Auf die entsprechende Regelung in Nr. 2.1.2 des Vertrages wird Bezug genommen.

2 Bestätigung der Einhaltung der Leistungskriterien

2.1 Bestätigung der Einhaltung der Leistungskriterien [Mussangabe]

Ausschlusskriterium

Bestätigen Sie die Einhaltung aller Anforderungen der Vergabeunterlagen (insbesondere Anlage "1 Vertrag Kronach")

[] Keine Angabe
[] Ja
[] Nein

Nur eine Antwort wählbar

2.2 Hygienekonzept [Mussangabe]

Bestätigen Sie, dass Ihr Unternehmen über ein zertifiziertes Hygienekonzept (HACCP oder vergleichbar) verfügt und dieses Konzept dem Angebot beigefügt ist (siehe auch Nr. 2.2 der Anlage " 1 Vertrag Kronach")

[] Keine Angabe (0)
[] Ja (0)
[] Nein (0)

3 Transportverhältnisse & GN Behälter

3.1 Beschreibung der Transportbehältnisse/GN Behälter [Mussangabe]

Beschreiben Sie nachfolgend die für die tägliche Abwicklung der Belieferung eingesetzten Transportbehältnisse (z.B. Art, Größe, Anzahl, Tausch etc.) sowie die GN Behälter.

Fügen Sie Ihrem Angebot bitte Bilder der Behälter bei!

4 Bestellsystem

4.1 Anforderung Bestellsystem [Mussangabe]

Gefordert ist die Bereitstellung eines online-Bestellsystems (web-basiert).

In besonderen Fällen muss eine (Nach-)Bestellung auch telefonisch oder per E-Mail möglich sein. (vgl. Anlage "1 Vertrag Kronach", Nr. 4.4).

Geben Sie an, welche Bestellsysteme/-wege verfügbar sind.

Geben Sie in der nachfolgenden Nr. 4.2 eine Erläuterung/Beschreibung zum online-Bestellsystem an.

- ☐ online-Bestellsystem (webbasiert)
☐ telefonische Bestellung
☐ Bestellung per E-Mail

Mehrere Antworten wählbar

4.2 Online-Bestellsystem (Erläuterung) [Mussangabe]

Beschreiben Sie hier kurz das Online-Bestellsystem (Aufbau, Nutzung, etc.)

5 Musterspeisepläne

5.1 Hinweise zu den Speiseplänen

Die seitens des Auftraggebers den Vergabeunterlagen beigefügten Speisepläne (Anlage "3 Musterspeisepläne") geben einen konkreten Inhalt insbesondere für die Häufigkeit von Fleisch-, fleischlosen und Fischgerichten, sowie Süßspeisen, Salaten, Obst und Desserts.

Daneben sollen die beigefügten Speisepläne auch eine Orientierung mit Blick auf die naturgemäß ebenso an wirtschaftliche Gesichtspunkte gebundene Gestaltung ermöglichen.

Nicht beabsichtigt oder vorgeschrieben ist, dass diese (Muster-)Speisepläne bieterseitig bestätigt oder unmittelbar übernommen werden. Vielmehr sind mit dem Angebot bieterseitig erstellte Speisepläne einzureichen, die die Vorgaben des Auftraggebers einhalten.

5.2 Mindestanforderungen Speisepläne

Die grundsätzliche Häufigkeit von Fleisch-, Fisch-, und Süßspeisen ist zu berücksichtigen:

- an fünf Wochentagen innerhalb einer Woche muss der Speiseplan Fleischgerichte enthalten
- an einem Wochentag innerhalb einer Woche muss der Speiseplan ein Fischgericht enthalten
- an einem Wochentag innerhalb einer Woche muss der Speiseplan eine Süßspeise als Hauptgericht enthalten

Abweichungen hiervon bedürfen der Zustimmung des Auftraggebers.

Zudem muss der Speiseplan alternativ immer eine vegetarische Kost als Hauptkost beinhalten.

Darüber hinaus ist folgende Häufigkeit für ergänzende Speisenbestandteile festgelegt:

- an mindestens drei Wochentagen innerhalb einer Woche ist ein Salat anzubieten
- an mindestens drei Wochentagen innerhalb einer Woche ist frisches Obst anzubieten
- an Sonn- und Feiertagen ist eine Nachspeise bereitzustellen.

Für Verpflegungsteilnehmer mit bestimmten Speisevorschriften ihrer Religionsgemeinschaft ist bei der Speiseplanung der Austausch von Schweinefleisch und die Nichtverwendung von Komponenten aus bzw. mit Schweinefleisch verbindlich vorzusehen (Austauschkost).

Siehe hierzu im Vertrag (Anlage "1 Vertrag Kronach" Nr. 4.1).

Die Einhaltung der Mindestanforderungen muss sich aus den dem Angebot beizufügenden Speiseplänen ergeben.

5.3 Übermittlung der Speisepläne [Mussangabe]

Ausschlusskriterium

Bestätigen Sie, dass Sie dem Angebot Speisepläne über einen Zeitraum von 6 Wochen und unter Einhaltung der Mindestanforderungen, beigefügt haben.

- ☐ Keine Angabe
☐ Ja
☐ Nein

Nur eine Antwort wählbar

6 Testverkostung

6.1 Durchführung einer Testverkostung

Der Auftraggeber wird eine Testverkostung durchführen.

Das Ergebnis der Testverkostung fließt in die Ermittlung des wirtschaftlichsten Angebots ein.

Die Berechnungsmodalitäten für die Ermittlung des Ergebnisses der Testverkostung (das als qualitative Komponente mit einem Anteil von 50% in die Ermittlung des wirtschaftlichsten Angebots einfließt) sind ausführlich in der Anlage "2 Hinweise zur Durchführung einer Testverkostung" enthalten.

Das Ergebnis der Qualitätsbewertung fließt in Anwendung der einfachen Richtwertmethode in die Ermittlung des wirtschaftlichsten Angebots ein. Dabei wird aus dem Quotienten von Leistung und Preis die Kennzahl Z (mit zwei Nachkommastellen, kaufmännisch gerundet) gebildet. Das Angebot mit der höchsten Kennzahl Z ist das wirtschaftlichste Angebot

6.2 Erklärung Testverkostung [Mussangabe]

Ausschlusskriterium

Bestätigen Sie die Kenntnisnahme der Anlage "2 Hinweise zur Durchführung einer Testverkostung" und die Bereitstellung der Menüs nach Maßgabe der Hinweise.

[] Keine Angabe
[] Ja
[] Nein

Nur eine Antwort wählbar

7 Bewertungskriterien Testverkostung

Gewichtung: 100,00%

Mindestbewertung: 60,00 %

7.1 Hinweise zu Bewertungskriterien

Die nachfolgend dargestellte Bewertungsmatrix enthält die Kriterien der Bewertung der Testverkostung. Die Darstellung dient der Information über die Kriterien und deren Gewichtung. Bieterseitige Eintragungen sind hier nicht erforderlich.

Wichtiger Hinweis:

Die Mindestanforderungen (Mindestpunktzahlen) ergeben sich aus dem den Vergabeunterlagen beigefügten Dokument "2 Hinweise zur Durchführung einer Testverkostung"

Die im Vergabesystem bei den Kriterien in der Spalte Mindestbewertung ausgewiesenen Werte „0“ sind nicht relevant (das Vergabesystem lässt hier eine passende Eingabe nicht zu).

Hinsichtlich der geforderten Mindestpunktzahlen (deren Nichterreichen zum Ausschluss führt) gilt:

Nicht weiter berücksichtigt werden Angebote (Angebotsausschluss), wenn

- die Bewertung eines Kriteriums oder verschiedener Kriterien durch mehr als einen Testverkoster mit 0 erfolgt oder
- ein Gericht eine Bewertung (Ergebnis für das Gericht) von weniger als 4 Punkten erhält oder
- die Mindestpunktzahl von 18 (Gesamtergebnis) nicht erreicht wird.

7.2 Gericht 1

Gewichtung: 33,33%

7.2.1 Aussehen

Gewichtung: 6,67%

Maximalpunktzahl: 2

Aussehen

7.2.2 Geruch

Gewichtung: 6,67%

Maximalpunktzahl: 2

Geruch

7.2.3 Konsistenz/Mundgefühl

Gewichtung: 6,67%

Maximalpunktzahl: 2

Konsistenz/Mundgefühl

7.2.4 Geschmack

Gewichtung: 13,33%

Maximalpunktzahl: 4

Geschmack

7.3 Gericht 2

Gewichtung: 33,33%

7.3.1 Aussehen

Gewichtung: 6,67%

Maximalpunktzahl: 2

Aussehen

7.3.2 Geruch

Gewichtung: 6,67%
Maximalpunktzahl: 2

Geruch

7.3.3 Konsistenz/Mundgefühl

Gewichtung: 6,67%
Maximalpunktzahl: 2

Konsistenz/Mundgefühl

7.3.4 Geschmack

Gewichtung: 13,33%
Maximalpunktzahl: 4

Geschmack

7.4 Gericht 3

Gewichtung: 33,33%

7.4.1 Aussehen

Gewichtung: 6,67%
Maximalpunktzahl: 2

Aussehen

7.4.2 Geruch

Gewichtung: 6,67%
Maximalpunktzahl: 2

Geruch

7.4.3 Konsistenz/Mundgefühl

Gewichtung: 6,67%
Maximalpunktzahl: 2

Konsistenz/Mundgefühl

7.4.4 Geschmack

Gewichtung: 13,33%
Maximalpunktzahl: 4

Geschmack

Typ	Dateiname	Größe	MIME-Type
Dateianlage	1 Vertrag Kronach.pdf	162,77 KB	pdf
Dateianlage	2 Hinweise zur Durchführung einer Testverkostung.pdf	81,43 KB	pdf
Dateianlage	3 Musterspeisepläne.pdf	95,20 KB	pdf